

# Marzahn- Hellersdorf *links*

24. Jahrgang / März 2014

**DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt**

**Seite 2:** Zur Person - Heidi Bothur: Ruhe, aber nicht Stillstand / Petra Pau: Das Diäten-Debakel

**Seite 3:** EXTRA für die Marzahn-Hellersdorfer / BVV-Bericht / Einladung zu AG Stadtentwicklung

**Seite 4:** Aus dem Bezirksvorstand / Eine Seilbahn für Marzahn-Hellersdorf / Die Natur vor unserer Haustür

**Seite 5:** Bjoern Tielebein: Blick ins Amt / Viel Lärm um nichts? / Gabriele Hiller: Bürgerarbeit mit neuer Qualität

**Seite 6:** Aus den Siedlungsgebieten / Kultursplitter / Quartiersmanagement

**Seite 7:** Jugendseite - Aufruf zum Frauenkampftag

**Seite 8:** Veranstaltungstipps und Termine im Überblick / Hinten links:

## Frauenkampftag 2014

**BUNDESWEITE DEMO UND KONZERT**



**FRAUEN  
KAMPFTAG\***

BERLIN \* GESUNDBRUNNEN \* 13 UHR

[www.frauenkampftag2014.de](http://www.frauenkampftag2014.de)

Feminismus ist weder überholt noch unnötig. Daher als feministisches Projekt unverzichtbar. Aktueller denn je – notwendiger, um sichtbar zu sein. So hat sich Anfang Dezember 2013 eine Vorbereitungsgruppe getroffen, die den bundesweiten Kampftag vornerichtet hat.

Wir wollen mit unseren Aktionen für eine neue feministische Handlungsfähigkeit eintreten – denn ohne Frauen ist kein Staat zu machen.

Wir wollen die These beleuchten, dass auch heute der Kapitalismus unser Leben behindert und einengt. Wir wollen die historischen, oft vergessenen Leistungen von Frauen der ganzen Welt am 8. März sichtbar und bekannt machen. Denn alle Frauen sind von Diskriminierung betroffen, dagegen können wir nur gemeinsam angehen.

Deshalb müssen wir gemeinsam kämpfen, und somit soll dieser Frauenkampftag die Solidarität unter den Frauen stärken, denn nur gemeinsam sind wir stark.

Wir demonstrieren am **8. März ab 13 Uhr am Gesundbrunnen** und starten mit einem musikalischen Auftakt und einige Statements. Ab 14 Uhr bewegt sich der Demo-Zug über die Torstraße zum Rosa-Luxemburg-Platz. Dort findet ab 16 Uhr die Abschlussveranstaltung mit Reden zum Thema und viel Kultur statt.

Weiter Infos unter [www.frauenkampftag2014.de](http://www.frauenkampftag2014.de)

STILL LOVING FEMINISM  
Wir erwarten Euch zum Frauenkampftag.

**Liz Schmidt**, Frauenkreis 8. März

Weitere Veranstaltungen des Frauenkreises 8. März mit der Vorbereitungsgruppe:

**Am 23. März 2014 ab 18 Uhr** im **Café Sybille** in der Karl-Marx-Allee 72 (U-Bahn Werberwiese) zum Thema:

**40 Jahre nebeneinander –  
25 Jahre miteinander –  
was erwarten wir  
voneinander?**

**Diskussion zu Frauenleben  
in zwei Systemen.**

**Am 23. März 2014 ab 16 Uhr** Führung durch die Ausstellung im **Museum in der Kulturbräuerei Knaackstr. 97** zum Thema:

**Alltag in der DDR unter dem Aspekt  
von Frauenleben.**

Dauer ca. 1 Stunden, Eintritt frei, anschließend Kaffeetrinken vor Ort.

Und in Marzahn-Hellersdorf:

**Am 7. März, 13.00  
„Rosen für Clara“**

Ehrung anlässlich des Internationalen Frauentages am Clara-Zetkin-Denkmal im Clara-Zetkin-Park, Niemecker Straße, 12689 Berlin

# DIE LINKE.

## Zur Person: Heidi Bothur

### Ruhe-, aber nicht Stillstand

**H**eidi Bothur ist eine, die nicht viel Aufheben von sich macht. Die 70 nehmen kopfschüttelnd zur Kenntnis, glauben will ich es nicht.

Die gebürtige Neuköllnerin ist seit 50 Jahren Genossin und war lange Zeit in ihrem Kiez, dem Bötzowviertel aktiv. Vor einigen Jahren nach Marzahn gezogen, verschlug es sie schließlich in die Basisorganisation (BO) von Gisela Höbbel. Eine BO-Mitgliedschaft ist aber nicht zwingend notwendig, sagt Heidi und trifft damit meinen Nerv. Dennoch befürwortet sie deren Erhalt, auch wenn die Gruppen immer kleiner werden. Die älteren Genossen fühlen sich so noch verbunden, auch wenn sie sich oft nicht mehr aktiv einbringen können. Es geht eher um das Miteinander-Reden, um das Menschlich-Sein. Als langjährige Personalchefin bei der HO Pankow, Bereich Industriewaren mit 63 Läden, und einer abwechslungsreichen beruflichen Laufbahn weiß sie, wovon sie redet.

Beruflich gestartet ist sie nach einem Studium an der Fachschule für angewandte Kunst als Allrounderin. Das hieß Entwickeln von Konzeptionen, Gestaltungskonzepten, Texten, Beschäftigung mit Trendforschung und Psychologie. Auch für bekannte Zeitschriften wie „Für Dich“, NBI, die „Berliner Zeitung“ und den „Horizont“ hat sie gearbeitet, war schließlich Chefin in einem Reisebüro. Dann wagte sie noch einen Neuanfang und absolvierte eine Ausbildung zur medizinischen Fußpflegerin. Nach der so genannten Wende hat Heidi Bothur weiter gearbeitet, ging in die Selbstständigkeit und zu den Kundinnen und

Kunden ins Haus.

Die Erfahrung im Umgang mit Menschen ist spürbar und sie macht immer noch weitere.

Gesellschaftlich und politisch engagiert sich die jung Gebliebene auf drei Gebieten. Es waren wohl auch ihre familiären Wurzeln, die ihr den Weg zum Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg e.V. wiesen, dessen Bezirkssprecherin Heidi Bothur seit zwei Jahren ist. Der



Heidi Bothur / Foto: privat

einzigste Verband, der in der BRD bis jetzt nicht anerkannt ist, empört sie sich zu Recht. Es gibt keine Unterstützung für Atheisten! Der Humanistische Verband betreibt in unserem Bezirk KITAS, ein Jugendzentrum, das Stadtteilzentrum Mahlsdorf und demnächst ein Kinderhospiz in Berlin.

Einigen Leserinnen und Lesern ist Heidi vielleicht als Sprecherin des Einwohnerantrags „Halle für alle“ bekannt. Mit dem Thema wurde sie in der Bürgerversammlung konfrontiert. Als frauenpolitisch engagierte Genossin wurde sie hellhörig und hat sich mit den Un-

terlagen des Bezirksbürgermeisters befasst, die nach ihrer Meinung auf tönernen Füßen standen. Mit Frauenpolitik hat das nichts zu tun, denn Frauen wollen keine zentrale Lösung, sondern in ihrem Umfeld bleiben.

Ein drittes Betätigungsfeld ist die LAG Linke Frauen. Es ist mittlerweile gelungen, einen regelmäßigen Treff einzurichten. Aktive Frauen sind jedoch meist schon anderweitig eingebunden, so dass sich die Arbeit schwierig gestaltet. Während einer Reise nach Moskau im letzten Oktober konnte Heidi an einer Konferenz anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung teilnehmen. Ihren interessanten Bericht zu frauenpolitischen Fragen in den GUS-Staaten kann man hier lesen:

[http://www.die-linke-berlin.de/die\\_linke\\_partei/lag\\_und\\_ig\\_plattformen/linke\\_frauen/moskauer\\_reisenotizen\\_2013\\_aus\\_dem\\_blickwinkel\\_einer\\_frau/](http://www.die-linke-berlin.de/die_linke_partei/lag_und_ig_plattformen/linke_frauen/moskauer_reisenotizen_2013_aus_dem_blickwinkel_einer_frau/)

oder



S. Behrens

## Petra Pau (MdB): Das Diäten-Debakel

**D**ie Debatte im Plenum war heftig und kontrovers. Das war zu erwarten. Denn es ging um Diätenerhöhungen, also um die künftigen Bezüge für Mitglieder des Deutschen Bundestages. In zwei Stufen sollen sie noch 2014 um zehn Prozent angehoben werden, um 830 Euro. So haben es CDU/CSU und SPD jüngst mit ihrer über großen Mehrheit beschlossen.

DIE LINKE hat, wie bei den zurückliegenden Diätenerhöhungen auch, dagegen gestimmt. Was nichts daran ändert, dass auch wir die höheren Bezüge erhalten werden, denn sie gelten für alle Abgeordneten. Wir haben bislang das abgelehnte Diäten-Plus stets weitergegeben, auch ich, an soziale oder kulturelle Initiativen, die bitter nötig auf Unterstützung angewiesen sind.

Diesmal haben wir uns in der Fraktion DIE LINKE darauf verständigt, gemeinsam ein Projekt zu unterstützen. Wir werden 100.000 Euro an „SOS Kinderdorf“ überweisen. Natürlich ist das von großer Symbolik. Aber es wird hoffentlich auch helfen, Kinderträume

zu erfüllen. Denn das ist unsere Bedingung: Das Geld darf nicht im Verwaltungs-Moloch verschwinden.

Unsere Kritik an der aktuellen Diäten-Erhöhung ist doppelt. Erstens passt sie nicht in eine Zeit, in der für das Gros der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit über zehn Jahren die Reallöhne sinken. Dasselbe trifft auf Renten zu. Überhaupt wurden Sozialleistungen für sehr, sehr viele reduziert. Übrigens auch und gerade durch Beschlüsse des Deutschen Bundestages.

Zweitens hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD bislang noch nicht eine ihrer sozialpolitischen „Verheißungen“ praktisch eingeleitet, Stichwort „gesetzlicher Mindestlohn“. Aber die eigenen Bezüge wurden in Windeseile erhöht. Als „Selbstbedienung“, wie stark kritisiert wurde und wird. Das ist niemandem zu vermitteln und befeuert nur Parlamentsdruss.

Hinzu kommen saudumme Begründungen, auf die sich offenbar die SPD intern geeinigt hat. Man arbeite als Bundestagsabgeordnete

schließlich 60 und mehr Stunden pro Woche. Ja, haben diese Leidweiner noch nie etwas von Leuten gehört, die ob der herrschenden Politik 60 und mehr Stunden arbeiten müssen, um überhaupt auf 630 Euro Monatsgehalt zu kommen?

Und doch gebe ich zwei Fragen zu bedenken. An welchem Maß sollten die Diäten für Mitglieder des Bundestages gemessen werden? Offiziell gilt, an den Bezügen von Obersten Richtern. Weil Abgeordnete, die Recht setzen, genauso entlohnt werden sollten, wie jene, die letztlich Recht sprechen. Ich finde: Eine gewisse Logik ist dem nicht abzusprechen.

Schließlich kenne auch ich die Empörung, die meint: Das Geld für Abgeordnete sollte besser zur Bekämpfung der Armut eingesetzt werden. Ich wage gleichwohl den Einwand. Der Deutsche Bundestag kostet umgerechnet auf eine Bevölkerung von 80 Millionen jede und jeden 10 Euro pro Jahr. Kurzum: Die Diäten sind höchst symbolisch. Wichtiger ist eine andere Politik.

# EXTRA für die Marzahn-Hellersdorfer

Die Vernissage von „Soweit das Auge reicht“ erlebten am 2. Februar rund achtzig Menschen, in der Hauptsache Marzahn-Hellersdorfer. Extra und genau für die nämlich wurden die „Marzahn-Hellersdorfer Panoramen“ von den Kuratorinnen Dorothee Ifland und Iris Krömling im Bezirksmuseum zusammengestellt. In ihrer Eröffnungslaudatio wies Kulturstadträtin Juliane Witt auf interessante Details wie Bauarbeiter in voller Aktion, Autos des Typs Trabant, Krane alter Bauart u. ä. hin und schlug den Bogen der Erinnerung in diese Zeit der Hausgemeinschaften. Gleichfalls auf Details baute die Einführung der Museumsleiterin Dorothee Ifland, die die Ausstellung als „Gucke“ charakterisierte. In der Tat braucht es bei der intensiven Betrachtung der Panoramen gewisse Zeit und fragende Rückkopplung zu Mitbesuchern, um die abgebildeten Gebäudekomplexe und Gelände zu identifizieren und richtig zu verorten. Dies in der Rundumsicht zu tun, ist nicht nur ungewohnt, sondern regelrecht schwierig, weil so genannte Landmarken wie der Fernsehturm oder Turm und Schornstein des Griesinger-Krankenhauses oder die Muggelberge

am Horizont dabei zwar helfen, andere Bauten zur Zeit der Fotografie aber noch nicht und wieder andere heute nicht mehr existieren bzw. nur Felder, Wiesen und aufgewühl-

sich der „Gummistiefel-Zeit“ und gemeinsamer Bekannter und Kollegen von damals erinnert. In diese Ausstellung fühlt man sich sofort einbezogen. Machen Sie sich selbst ein Bild,



Während der Ausstellungseröffnung Foto: Sabine Behrens

tes Baufeld zu sehen sind. Selbst die ehemaligen Bürgermeister, Dr. Harald Buttler und Gerd Cyske, mühten sich, den vollständigen „Überblick“ zu erlangen. Gemeinsam wurde

erkunden Sie Ihren Bezirk auf den noch jungen historischen Fotos. Die sind noch bis 20. April im Bezirksmuseum Alt-Marzahn 51 zu sehen. **Bernd-R. Lehmann (IG BAU)**

## Spannung, Spaß und viel Debatte

In der Februarsitzung der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf ging es an zentraler Stelle um verschiedenen Fragen der Freizeitgestaltung in unserem Bezirk.

In Laufe des Monats war bekannt geworden, dass CDU-Stadtrat Gräff mit der Grün Berlin GmbH einen Vertrag geschlossen hat, der der GmbH den Kienberg, den Jelena-Santic-Friedenspark und Teile des Wuhletals nicht nur für den Zeitraum der Internationalen Gartenausstellung 2017, sondern bis 2034 zur Nutzung überlässt. Der Herr Stadtrat hatte den Vertrag ohne Information oder gar Beteiligung der Bezirksverordnetenversammlung verhandelt und beschlossen. Darüber hinaus wollte er den Vertrag an sich auch nicht öffentlich machen. Trotzdem bekam die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Wind davon und machte den Vorgang öffentlich. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern regten sich nun Befürchtungen, dass der Kienberg nach der IGA 2017 in die Gärten der Welt integriert werden sollte – ein Versuch, den die Grün Berlin GmbH ja bereits Ende der 1990er unternommen hatte. Auf Druck der LINKEN und der empörten Bürger hat der verantwortliche Stadtrat nachträglich eine zusätzliche Vereinbarung mit Grün Berlin GmbH unterzeichnet, welche die freie Zugänglichkeit des Geländes im Sinne der Bürgerinnen und Bürger regelt. In diesem Sinne hatte die Linksfraktion auch einen dringlichen Antrag in die BVV eingebracht, der darüber hinaus fordert, alle Verträge zu Kienberg und den umgebenden Flächen öffentlich zu machen. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen. Ebenfalls auf der Tagesordnung stand ein

dringlicher Antrag der SPD, im Tierpark ein Spaßbad einzurichten. Die SPD begründete ihre Initiative damit, dass solch ein Bad eine angemessene Lösung für das Fehlen eines Freibades in Marzahn-Hellersdorf sei. Für DIE LINKE machten Frank Beiersdorff, der umweltpolitische Sprecher, und Bjoern Tielebein, der Fraktionsvorsitzende, Bedenken deutlich. Zum einen ist es fraglich, wie sich ein Spaßbad mit einem modernen Konzept für einen Tierpark verträgt, zum anderen, dass es am anvisierten Standort kaum den Mangel eines Freibades für Marzahn-Hellersdorf lösen dürfte. Vor allem die Anbindung an den

öffentlichen Personennahverkehr würde das Bad für viele Marzahn-Hellersdorfer schwer erreichbar machen. Bjoern Tielebein wies außerdem darauf hin, dass die Eintrittspreise für ein Spaßbad voraussichtlich die finanziellen Möglichkeiten vieler Familien in Marzahn-Hellersdorf überfordern würden. DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung bleibt deshalb bei der Forderung nach einem echten Freibad in Marzahn-Hellersdorf, das allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel sommerliche Naherholung erlaubt.

**Hassan Metwally**

## Einladung zur AG Stadtentwicklung der LINKEN Marzahn-Hellersdorf

Liebe Genossinnen und Genossen,

als stadtentwicklungspolitischer Sprecher unserer BVV-Fraktion möchte ich Euch hiermit herzlich zum ersten Treffen der neuen AG Stadtentwicklung der Partei DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf einladen.

In den vergangenen Monaten wurde für mich immer deutlicher, dass in der entsprechenden Fachgruppe der Fraktion die Einbeziehung der Partei zu kurz kommt. Leider nehmen konkrete Themen, die uns in der BVV begegnen, und die Bearbeitung von Anträgen und Anfragen so viel Zeit in Anspruch, dass für die Einbeziehung der Parteibasis kaum Zeit übrig bleibt.

Die AG Stadtentwicklung soll da Abhilfe schaffen. Ein monatliches Treffen der am Thema interessierten Mitglieder bietet den Raum für

Debatten zur Erarbeitung von Standpunkten der Partei. Gerade in Marzahn-Hellersdorf, einem Bezirk, in dem sich Veränderungen in Wohngebieten aufgrund der flexiblen Stadtstruktur schnell vollziehen, können wir diese Veränderungen in unserem alltäglichen Leben beobachten. Das Thema Wohnungsbau wird in den kommenden Monaten und Jahren einen bedeutenden Raum einnehmen.

**Das erste Treffen der AG Stadtentwicklung wird am Freitag, 28. März 2014, um 18 Uhr im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12 stattfinden.** Alle Parteimitglieder und Interessierte sind herzlich willkommen, daran teilzunehmen. Über die nächsten Termine wird in Marzahn-Hellersdorf links regelmäßig informiert. Ich freue mich darauf, Euch zur AG Stadtentwicklung begrüßen zu können.

**Christian Schwinge**

## Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

Im Mittelpunkt der Sitzung des Bezirksvorstandes im Februar stand die Seniorenpolitik. Die gehört gewiss zu den zentralen Fragen in unserer Bezirksorganisation. In Berlin ist durch ein Landesgesetz festgelegt: Wer das 60. Lebensjahr vollendet hat, ist Seniorin oder Senior. In der Bezirksorganisation der LINKEN sind das etwa 68 Prozent der Mitglieder – also mehr als zwei Drittel.

Der Bezirksvorstand hatte zu seiner Beratung die Vorsitzende der bezirklichen Seniorenvertretung, Regina Saeger, eingeladen, die gleichzeitig Vorsitzende des Landeseniorenbeirates ist. Sie wies darauf hin, dass das Land Berlin in der Frage der Mitwirkung von Senioren in der Politik eine Vorreiterrolle spielt. Hier wurde das erste Seniorenmitwirkungsgesetz beschlossen – erst drei weitere Bundesländer haben sich dem bisher angeschlossen. Und der Bezirk Marzahn-Hellersdorf spielt bei der Umsetzung des Seniorenmitwirkungsgesetzes eine sehr positive Rolle. Daran ist DIE LINKE aktiv beteiligt. Die Mitwirkungsrechte der Senioren etwa in der BVV und ihren Ausschüssen und in bezirklichen Einrichtungen sind bei uns nicht nur formal festgeschrieben (trotz des Gesetzes ist das nur in vier Berliner Bezirken der Fall!), sondern werden auch umgesetzt. Das Rederecht der Seniorenvertretung vor der BVV ist ebenso selbstverständlich wie die jährliche „Senioren-BVV“, an welcher der Bezirksbürgermeister und (in der Regel) alle Bezirksstadträte teilnehmen und auch Rede und Antwort ste-

hen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Aber auch eine gute Sache kann noch besser werden. Seit dem vergangenen Jahr gibt es in Berlin neue „Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik“, die vom Senat beschlossen wurden und auch (nur) für die Senatsverwaltungen verbindlich sind. Auch wenn sich DIE LINKE gewünscht hätte, dass die Leitlinien noch ein paar weitere Probleme angepackt hätten – das, was beschlossen wurde, enthält viele gute und nützliche Gedanken. Und die 17 Leitlinien betreffen natürlich nicht nur die Landesebene, sondern in vieler Hinsicht geht es auch um Probleme in den Bezirken. Davon abgeleitet hat der Bezirksvorstand den Verordneten der Linksfraktion und den Mitgliedern ihrer Fachgruppen empfohlen, jede der Leitlinien jeweils auf ihre Relevanz für die Bezirkspolitik zu überprüfen. Zu manchen der Leitlinien mussten wir uns auch eingestehen, dass wir dazu kaum Informationen über die Situation im Bezirk haben. Es gibt also Gründe, sich mit Problemen der Seniorenpolitik noch ausführlicher zu beschäftigen. Der Bezirksvorstand hat sich bei Regina Saeger für ihre engagierte Arbeit bedankt und sie gebeten, auch der bezirklichen Seniorenvertretung den Dank auszusprechen. Und wer sich genauer mit den „Leitlinien“ beschäftigen möchte, findet sie hier:

<http://www.berlin.de/sen/soziales/senioren/leitlinien/index.html>

**Bernd Preußner**

## Eine Seilbahn zwischen Marzahn und Hellersdorf

Diverse Pressemeldungen zu Amtshandlungen des zuständigen Bezirksstadtrates unter Ausklammerung der Bezirksverordnetenversammlung regten auf. Am 27.2.2014 schloss die IGA 2017 Berlin

Rahmen bildet ein Seilbahn-Gesetz der EU, auf dessen Grundlage nun die deutschen Planer tätig werden. „Eine tolle Eingangssituation für die Besucher...“ findet Herr Gaebler, wenn er die finanzielle Planung auch „sportlich mit sehr geringem Risiko“ findet. Geschäftsführer, Christoph Schmidt, sieht in erster Linie die Attraktion und die barrierefreie Umweltverträglichkeit der Seilbahn, weil das Wuhletal im Wesentlichen keine Eingriffe erfahren soll. Die Höhen der Stützen differieren ungefähr von 6 bis 20 m. 65 Kabinen für zehn Passagiere werden im Seilbahnlauf fahren. Das über 100 Jahre Erfahrung verfügende Familienunternehmen Leitner AG aus Südtirol baut jährlich rund 100 Seilbahnen weltweit; innovativ führend in Sachen Energieeffizienz und Geräuscharmheit.

Der kalkulierte Fahrpreis liegt bei 2,30 EUR. Damit soll die Investitionssumme von rund 2,3 Mio. EUR refinanziert werden. Martin Leitner erklärt, dass, wie zum Beispiel bei der EXPO-Hannover-Bahn, Rückbau und Neuaufbau an anderer Stelle technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll sind. Nach der öffentlich vollzogenen Vertragsunterzeichnung geht es ins Planfeststellungsverfahren.


**Bernd-R. Lehmann (IG BAU)**



Unterzeichnend: Martin Leitner und Christoph Schmidt; stehend: Staatssekretär Christian Gaebler und Katharina Langsch. Foto: B.-R. Lehmann

GmbH im Rahmen einer offiziellen Pressekonferenz den Vertrag zum Bau der Seilbahn. Christian Gräff (CDU) hatte Gelegenheit, sich auch als Mitglied des IGA-2017-Berlin-GmbH-Aufsichtsrates zu präsentieren. Dessen Vorsitzender, Staatssekretär Christian Gaebler, sprach von einer „guten Entscheidung“ und von einer „... exemplarischen Gestaltung von Großplattensiedlungen ...“. Den rechtlichen

**Mitmachen!**



Jetzt Mitglied werden! Mitmachen und einmischen! Für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für einen wirklichen Klimaschutz. Am besten persönlich im Linken Treff in der Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin (siehe Impressum). Gern senden wir eine Eintrittserklärung per Post zu.

## Die Natur vor unserer Haustür

Auch in diesem Jahr biete ich wieder Spaziergänge bzw. Exkursionen mit kompetenten Partnern und Partnerinnen zu Themen des Umwelt- und Naturschutzes an.

Zielstellung ist es, interessierte Menschen mit ökologischen Problemen vertraut zu machen, Planungen und Vorhaben unter ökologischen Aspekten kritisch zu hinterfragen bzw. zu begleiten und die öffentliche Wahrnehmung von Themen des Umwelt- und Naturschutzes im Bezirk Marzahn-Hellersdorf zu stärken.

Dabei greift man in diesem Jahr erstmals auch auf Ziele bzw. Einrichtungen außerhalb des Bezirkes zurück, wenn dies der Behandlung bzw. Klärung von Sachverhalten dienlich ist.

### Die ersten drei Termine zur Übersicht:

- **25.3.**, Treffpunkt 15 Uhr Straßenbahn 62, S Mahlsdorf (Treskowstraße) **Exkursion nach Schmetterlingshorst** - Deutschlands größte Schmetterlingsausstellung zum Thema „Licht – Gefährdung für Insekten, Käfer, Schmetterlinge“ (oder: Wozu ist ein beleuchteter „Wolkenhain“ auf dem Kienberg gut?) Dauer vor Ort ca. 16 – 17 Uhr, zurück z.B. Tram 62 ab Wendenschloss 17.33 Uhr oder 17.53 Uhr
- **16.4.**, Treffpunkt 16.30 Uhr S Friedrichsfelde Ost, Bahnhofsvorplatz (ca. 1 – max. 1 ½ Std)  
**„Der Weiher Friedrichsfelde – wenn die Molche laichen“** - ein bedrohtes, fast vergessenes Biotop am Rande.
- **20.5.**, 16:30 Bushaltestelle Suhler Straße (Bus 195), ca. 2 Std. Besuchen Sie den **Kienberg** - so lange es noch geht!

**Frank Beiersdorff**, stv. Fraktionsvorsitzender und umweltpolitischer Sprecher der LINKEN in der BVV Marzahn-Hellersdorf

## Bjoern Tielebein: Blick ins Amt

Wieder einmal ist die Forderung nach einem Freibad für unseren Bezirk Thema der Bezirksverordnetenversammlung. DIE LINKE kämpft seit Jahren für ein entsprechendes Angebot für Marzahn-Hellersdorf. Eine realistische Variante am Elsensee wurde von SPD, CDU und Bündnis-Grünen 2011 endgültig gestoppt, ohne eine ernsthafte Alternative zu präsentieren.

Jetzt möchte die SPD sich für ein sogenanntes Spaßbad am Tierpark Friedrichsfelde starkmachen. Vorschläge in diese Richtung kommen von den Berliner Sozialdemokraten. Selbst wenn diese Idee eine Mehrheit im Senat und den Bäderbetrieben findet, würde es noch Jahre dauern, bis der erste Spatenstich gemacht werden könnte.

Für DIE LINKE bleibt ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf eine aktuelle Priorität und braucht auch unbürokratische Ideen. Und da nützt ein Blick ins Amt sehr viel. Wie auf der Internet-



seite des Bezirksamtes zu lesen war, hat der Bezirk den Betrieb eines Imbissstandes am Biesdorfer Baggersee ausgeschrieben. In der Sommersaison sollen Getränke und Essen

verkauft werden können. Weiterhin wurde der Bereich rund um den See in den letzten Jahren zur Erholungszone ausgebaut. Sogar ein Sandstrand lädt Besucher\*innen ein. Nur: Das Baden ist in diesem offiziellen Regenerückhaltebecken nicht gestattet. Sowohl eine Aufsicht für die Sicherheit der (Bade-)Gäste fehlt als auch die Erlaubnis des Bezirksamtes. Das Bezirksamt sollte alle Möglichkeiten prüfen, hier unkompliziert aktiv zu werden. Es ist nur schwer vorstellbar, dass alles, was zu einem Freibad dazu gehört, inzwischen vor Ort vorhanden ist, das Baden aber vom Ordnungsamt unterbunden werden kann.

## Viel Lärm um nichts?

Gemäß einer 2002 erlassenen EU-Richtlinie zum Umgebungslärm sollen Städte über 100000 Einwohner einen Lärmaktionsplan zur Minderung von Verkehrslärm aufstellen. Berlin hatte 2008 den ersten Lärmaktionsplan umgesetzt. Für den neuen Aktionsplan hatte sich die Senatsverwaltung für ein „internetgestütztes, breitenwirksames“ Verfahren entschieden. Ob das wirklich so umgesetzt werden konnte, ist die Frage. Ein Nachteil könnte sein, dass man dabei fast ausschließlich auf das Internet setzte. Nur in Spandau und Lichtenberg setzte man beispielhaft auch auf Plakatierung und direkte Ansprache, führte gar je eine Werkstatt durch.

Für künftige Planungsprozesse sollte man daraus Konsequenzen ziehen. Auch die Bezirke sollten künftig in den Prozess einbezogen werden.

Nach dem Straßenverkehr gilt der Schienenverkehr (zum Beispiel zu laute Güterzüge und ICE) als Hauptemissionsträger von Verkehrslärm, nur regional hat der Fluglärm eine ähnliche Bedeutung. Und in der Tat kommt gerade von den Senioren und Seniorinnen aus Marzahn immer wieder die Forderung nach einer Reduktion des Lärms seitens der Deutschen Bahn. Doch im vorliegenden Auswertungsbericht werden nur 124 Hinweise aus Marzahn-Hellersdorf genannt, das sind lediglich 4,13 % aller Gesamtberlins. Und die eingehenden Hinweise bezüglich des Schienenlärms kamen ausschließlich aus Biesdorf-Süd rund um die KGA Am Fuchsberg, nicht etwa aus dem Gebiet um Springpfuhl und Märkischer Allee.

Man kann sich aber immer noch einbringen. Der Entwurf des Lärmaktionsplanes liegt noch bis 17. März 2014 in der Dienststelle der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz in der Brückenstr. 6, 10179 Berlin, Zimmer 7.013 aus und man kann dazu Stellung beziehen und Anregungen geben.

Man kann ihn aber auch im Internet unter <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/laerm> einsehen.

**Frank Beiersdorff**

Umweltpolitischer Sprecher der BVV-Fraktion

## Dr. Gabriele Hiller (MdB): Bürgerarbeit mit neuer Qualität

Das Berliner Parlament hat eine Reform der eigenen Arbeit beschlossen und mit dem Doppelhaushalt 2014/2015 auch die Finanzierung dafür gesichert.

Gegenstand dieser seit langem geplanten, bisher aber immer wieder gescheiterten Reform sind sowohl Veränderungen im Ablauf der Plenarsitzungen, die die Arbeit attraktiver machen sollen, als auch Verbesserungen für die Arbeit in den Wahlkreisen. So werden Plenarsitzungen nunmehr um 11 Uhr beginnen und bis maximal 19 Uhr andauern. Neu ist z.B. die Gestaltung der Spontanen Fragestunde, die nunmehr wirklich „unvermittelt“ ist. Neu ist auch, dass nach dem Prioritätenblock, zu dem jede Fraktion ihr wichtigstes Thema benennt, nur noch maximal zwei weitere Tagesordnungspunkte durch die Fraktionen benannt werden können, für die die Redezeit allerdings pro Fraktion auf 35 Minuten begrenzt ist. Des Weiteren verzichtet das Parlament nunmehr auf die Großen Anfragen, was wir als Fraktion für die Oppositionsarbeit sehr bedauern, letztlich aber im Hinblick auf das Finden eines Kompromisses hinnehmen mussten.

Ein Entgegenkommen unsererseits ist sicher auch der zweite Teil der Reform, die Arbeit der Abgeordneten in den Wahlkreisen. Für mich persönlich ist der Gedanke, dass nunmehr über die Stadt verstreut bis zu 148 neue Abgeordnetenbüros entstehen können, eher eine Verneigung vor den Immobilienmaklern Berlins. Andererseits muss aber auch ich akzeptieren, dass die den Abgeordneten neu zugebilligten Mitarbeiter\_innen auch angemessene Arbeitsbedingungen, einen Arbeitsplatz also, haben müssen – die neuen Abgeordnetenbüros in den Bezirken.

Ich werde meine kritische Distanz zu diesem Teil der Reform überwinden und das Beste

daraus machen: Am 26. März werde ich am Teterower Ring 41 um 16.00 Uhr „mein“ Wahlkreisbüro eröffnen. Gemeinsam mit meinem Team, das bisher aus Sabine Schwarz und Klaus-Jürgen Dahler besteht, wollen wir den



Hellersdorfern und Hellersdorferinnen einen weiteren Nachbarschaftstreff anbieten, mit Bürgerberatungen, Versammlungsmöglichkeit und Nachbarschaftsarbeit. Eine kleine Lese-Ecke soll die Chance für Informationen geben, aber auch eine Spiel-Ecke für Kinder. Und immer die Chance auf ein gutes politisches Gespräch bei einer Tasse Kaffee oder Tee.

Ideen zur Nutzung des Raumes sind willkommen, eigentlich dürfte der nie leerstehen. Ich bin gespannt, wie die Menschen diese Chance zur Vernetzung „hinter dem Spreecenter“ annehmen werden.

Unser erster Höhepunkt wird die Vorbereitung auf die Europawahlen sein, wo wir mit den „Europawochen“ und einem vielfältigen Programm im Mai unseren Beitrag für mehr Information leisten wollen.

Also: gucken - informieren - mitmachen!

## Aus den Siedlungsgebieten: Was wurde aus den Vorschlägen des Bürgerhaushalts für Mahlsdorf-Nord?

Die Akteursrunde in Mahlsdorf Nord fasste sich auf ihrer jüngsten Sitzung mit der Umsetzung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt für diesen Ortsteil. Die Vorgehensweise der Bezirksverordnetenversammlung, Vorschläge der Bürger\_innen zusammenzutragen, zu priorisieren und Schritt für Schritt umzusetzen, findet hier die volle Unterstützung. Allerdings bereitet das im Bürgerhaushalt aufgeworfene Thema der Nahversorgung in Mahlsdorf-Nord noch immer große Sorgen. Diese werden jetzt durch die Planung eines neuen Wohngebietes zwischen der Albrecht-Dürer-Straße und der Sudermannstraße noch verstärkt. Hier wird eine im Bürgerhaushalt eingeforderte Veränderung im Wohngebiet vorgenommen. Der dafür notwendige Bebauungsplan zur Bebauung des Grünzuges, der sich im Eigentum der Kirche befindet, soll Ende März 2004 von der BVV beschlossen werden. Nach den Plänen des Investors der Bauplanung/Concept GmbH werden in der Sudermannstraße ein Altenheim und weitere 70 altersgerechte Wohnungen errichtet. Diese Häuser sollen zwei- bis dreigeschossig werden. Damit wird dieser Teil der Stadtentwicklung der demografischen Entwicklung im Bezirk gerecht und

bietet den immer älter werdenden Menschen die Möglichkeit eines altersgerechten Wohnens an. Zugleich soll die Sudermannstraße ausgebaut und zur Verbindungsstraße zwischen Florastraße und Lemkestraße werden. Zwischen A.-Dürer-Straße und Lenbachstraße ist dann noch Platz für 48 Einfamilienhäuser. Die Bürgerinitiative Mahlsdorf-Nord begrüßte diese Entwicklungen. Sie macht aber völlig zu Recht darauf aufmerksam, dass die möglichst lange Selbstversorgung der alternden Bevölkerung eine bessere Nahversorgung in Mahlsdorf-Nord erfordert. Sie sieht darin einen wichtigen sozialen Aspekt. Sie betrachtet die geplante kleine Verkaufseinrichtung in diesem Gebiet als nicht ausreichend und fordert den Bezirk auf, beim Investor darauf hinzuwirken, dass eine zweistöckige Versorgungseinrichtung für die Region entstehen soll. Die vorhandenen und entstehenden Einrichtungen um den S-Bahnhof Mahlsdorf und in Birkenstein sind für einen großen Teil der Bewohner\_innen nicht erreichbar. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Bürgerinitiative und wird in der BVV darauf hinwirken, dass die bessere Nahversorgung in Mahlsdorf-Nord im Blickfeld bleibt.

Klaus-Jürgen Dahler, Bezirksverordneter

## Neue Verfahrensgrundsätze im Quartiersmanagement

**Marzahn-NordWest – Die Luft war immer heiß, wenn sich der Quartiersrat des Stadtteils mit den von Bezirk und Senat bestellten Quartiers-Managerinnen und -Managern die Haare raufen bzw. sich in denselben lagen. Immerhin ging es vor allem ums Geld. Bei der jüngsten Sitzung des Quartiersrats am 20. Februar 2014 brannte die Luft sogar. Neben den neuen Summen sahen sich die Ratsmitglieder auch mit neuen Verfahrensgrundsätzen konfrontiert, die nach Einschätzung langjähriger Mitstreiter in diesem Gremium das Wort „Bürgerbeteiligung“ zum Schleierwort für „Bürgerausschluss-Beteiligung“ machten. Und das 15 Jahre nach Start des Programms „Soziale Stadt“ in Berliner Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf.**

**Dazu ein Interview mit Frank Grontzki – Vorsitzender des Quartiersrats Marzahn-NW:**

### ■ Welchen Eindruck haben Sie von den neuen Verfahrensgrundsätzen?

Einen sehr schlechten. Sie sind einfach nicht in Ordnung, weil für unsereinen unverständlich und nicht nachzuvollziehen. Ich habe schon in der Sitzung gesagt, dass die neuen Bestimmungen über die Köpfe der Leute hinweg erlassen wurden und die Handlungskompetenzen des Quartiersrats nicht nur einschränken, sondern weitgehend abschaffen.

### ■ Was bedeuten die Festlegungen in diesem Papier für die Wirksamkeit der Arbeit des Quartiersrats?

Die neuen Verfahrensgrundsätze machen den Quartiersrat unwirksam und höchstens zum Debattierklub, weil es für uns in Zukunft nichts mehr zu bestimmen bzw. mitzubestimmen gibt. Damit wird das jahrelange bürgerliche Engagement herabgewürdigt und der Kiez in Gestalt seiner Einwohner nicht mehr am Quartiersverfahren beteiligt.

### ■ Worin sehen Sie die Konsequenzen, die aus den neuen Verfahrensgrundsätzen für Ihre eigene Mitarbeit zu ziehen sind (Motivation, Absichten, Handeln)?

Meine Motivation ist gegen Null gesunken. Nach 14 Jahren Mitarbeit in verschiedensten Gremien der Bürgerbeteiligung, wie man so sagt, bin ich zutiefst ernüchert und enttäuscht darüber, wie leichtfertig der Senat mit engagierten Einwohnern umgeht, ja sie mit einem Federstrich zu Statisten macht. Eigentlich hält mich nur noch die Sorge um den Stadtteil im Quartiersrat. Denn ohne uns Eigengewächse denkt keiner mehr daran.

### ■ Welche Chancen hat der Quartiersrat, vor dem Hintergrund der Verfahrensgrundsätze seinen Einfluss zu behaupten, auszubauen?

So gut wie keine Chance, sieht man einmal von einer möglichen Verweigerungshaltung ab. Was soll man auch davon halten, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern in dem Papier „Honig ums Maul“ geschmiert wird, sie wären die Experten, entscheiden täten aber andere? So untergräbt man jegliche Lust in der Einwohnerschaft, sich am Quartiersverfahren zu beteiligen. Und erst recht mit der sturen Weisung, dass an dieser Verordnung nicht gerüttelt werden darf. Unmöglich!

Interview: T. Preußing

## Kultursplitter

### Empfehlungen aus Marzahn und anderswo

Kunst und Kultur gehören zum Leben wie das Salz in die Suppe, mit einem Unterschied: Eine Prise zu viel schadet nicht.

Eindrücke und Anregungen aufsaugen wie ein Schwamm. Das Portemonnaie muss nicht zwangsläufig geschröpft werden. Es muss nicht immer die sogenannte Hochkultur sein. Kleinkunstbühnen und Kiezkultur zeugen vielfach von künstlerischer Kreativität. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Erinnert sei an den Aktionskünstler Maurice de Martin, der im vergangenen Sommer in den Dienst der Marzahnerinnen und Marzahner rund um die Marzahner Promenade trat. Unter dem Motto „Maurice ist da“ hatte er sich im Selbstversuch mit der Frage, was Kunst heute im Alltag zu leisten vermag, auseinandergesetzt. Auch in diesem Sommer wird es wieder eine Aktion mit de Martin in Zusammenarbeit mit Karin Scheel und der Galerie M geben. Dabei ist für ihn der Prozess des Zusammenwirkens mit Nichtkünstlerinnen und -künstlern das Entscheidende. Was können Menschen unterschiedlichen Charakters mit in nachbarschaftlichem Miteinander gemeinsam entwickeln? Welche Potentiale werden freigelegt? Man darf also gespannt sein!

Alles kann zu und zur Kunst werden, auch der Alltag. Das zeigt seit dem 26. Januar Multitalent Manfred Kirschner mit seiner Ausstellung „Plastik Revue“ in der Galerie M. Er setzt sich kritisch mit dem Thema Shoppen auseinander, will auf den Kreislauf des Mülls, insbesondere Plastik, aufmerksam machen. Zu sehen noch bis zum 29. März in der Marzahner Promenade 46. Hingehen und nicht erschrecken, so manche Plastiktüte spricht die Besucher in ganz eigener Weise an.



Empfehlen möchte ich eine weitere Ausstellung zu einem ernsten Thema außerhalb der Bezirksgrenzen. Bis zum 13. Juli sind „Ernstes Spiel“ des Filmemachers Harun Farocki im Hamburger Bahnhof zu sehen. In vier Videoprojektionen setzt sich Farocki mit der Verwendung von Computerspiel-Technologien zur Ausbildung amerikanischer Soldaten auseinander. Ich konnte mich auf der Vernissage am 6. Februar von der emotionalen Wirkung, lesbar in den Gesichtern der zahlreichen Besucher, überzeugen. Ergänzt wurden die Videoinstallationen durch den Kurzfilm „Unlösbares Feuer“ über den Vietnamkrieg, dessen Berichterstattung mir auch meiner Schulzeit nachhaltig in Erinnerung geblieben ist, und eine Abhandlung zur Produktion chemischer Waffen. Der Besuch ist insbesondere Schulklassen zu empfehlen.

Sabine Behrens (Text und Foto)

## Still lovin' feminism! Der Aufruf.

vom Bündnis Frauen\*kampftag 2014

**D**er Internationale Frauen\*kampftag steht für den Kampf für rechtliche, politische und wirtschaftliche Gleichstellung, ein selbstbestimmtes Leben, für das Recht auf körperliche Unversehrtheit sowie sexuelle Selbstbestimmung. Beim ersten Internationalen Frauentag 1911 wurden Forderungen nach sozialer und politischer Gleichberechtigung auf die Straße getragen. Auch über hundert Jahre später sind viele Forderungen immer noch aktuell. Wir stellen uns in eine Reihe mit den feministischen Initiativen und Bewegungen und wollen versuchen, eine gemeinsame neue feministische Offensive zu organisieren!

Unser Ziel ist es, den 8. März zu (re)politisieren, Frauen\* untereinander zu solidarisieren und eine Öffentlichkeit für unsere Anliegen und Forderungen zu schaffen. Hierfür hat sich ein breites Bündnis gefunden. Wir rufen zu einer bundesweiten Demonstration am 8. März 2014 in Berlin auf.

Der politische Kampf für die Rechte der Frauen und gegen Diskriminierung in allen Bereichen kann nur an den konkreten Lebensverhältnissen ansetzen. Diese sind lokal und vom jeweiligen gesellschaftspolitischen und rechtlichen Rahmen geprägt. Unser Kampf bezieht sich daher auf die konkreten Verhältnisse, die wir hier angreifen und skandalisieren wollen. Wir wenden uns an Frauen\* ohne/mit Kindern, Alleinerziehende, Angestellte, Selbstständige, »frei« Erwerbstätige, Frauen\* mit Behinderung, Studentinnen, Schülerinnen, »illegal und legal« arbeitende Frauen\*, erwerbslose Frauen\*, Mädchen\*, Women of Colour, junge und alte Frauen\*, Heterosexuelle, Homosexuelle und Bisexuelle, Queers, Trans-, Inter- und alle anderen Frauen\*.

Es geht in unserer Auseinandersetzung um einen Kampf für Gleichberechtigung. Hier wollen wir aber nicht stehen bleiben. Wir kritisieren patriarchale Strukturen und eine an Profitmaximierung orientierte Gesellschaft ebenso wie die Ideologie, nach der jede Person ihres eigenen Glückes Schmied\*in sei. Ein Scheitern an den gleichzeitigen, gesellschaftlichen Erwartungen als perfekte Mutter, aufstrebende Karrierefrau\* und verführerische Schönheit wird häufig als Faulheit und somit als Schuld der Frauen\* selbst angesehen. Dadurch wird unsichtbar gemacht, dass diese Erwartungen nicht zufällig entstehen, sondern auf gesellschaftlichen Strukturen beruhen, die wir verändern können.

Mehrheitlich gering entlohnt, flexibel eingesetzt und sozial eher ungeschützt, sind Frauen auf kostengünstige öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen. Wenn Regierungen wegen der sogenannten ‚Schuldenlast‘ Renten kürzen, Löhne senken, Abgaben erhöhen oder die Gesundheitsversorgung verteuern, dann trifft das Frauen in besonderem Maß. Wirtschaft und Gesellschaft sind nicht geschlechtsneutral. So gilt die Sorge und Fürsorge für Menschen als klassische ‚Frauenarbeit‘ und wird im Job gering und Zuhause gar nicht entlohnt. Die bezahlte und unbezahlte Arbeit muss nicht nur zwischen Männern und Frauen\*, Erwerbslosen und Berufstätigen unverteilt, sie muss vor allem auch neu bewertet werden. Die Ungleichbehandlung von Frauen\* und Männern wirkt sich nach wie vor in prekären Arbeitsverhältnissen aus. Mehr als 80 % der Teilzeitbeschäftigten und Zweidrittel der Minijobber\*innen sind Frauen\*. Frauen\* sind auch deshalb wesentlich häufiger von Altersarmut betroffen oder vom besser verdienenden Partner abhängig. Sie werden in der kapitalistischen Gesellschaft doppelt ausgebeutet – in ihrem Job und Zuhause. Lediglich eine kleinere Schicht Frauen\* kann sich die herrschenden Arbeitsanforderungen zunutze machen. Auf sie zielt die Familienpolitik, die das Elterngeld nach Einkommen berechnet, Hartz-IV-Familien aber das Erziehungsgeld streicht und das Kindergeld auf die Regelsätze anrechnet. So findet auch unter Frauen\* eine Umverteilung von unten nach oben statt.

Das Patriarchat – das Menschen aufgrund ihres Geschlechts in Rollenbilder und eine Rangordnung zwingt, das weibliche Geschlecht als unterlegen und minderwertig einstuft, sowie Frauen\* nicht als eigenständige Menschen, sondern über ihre Beziehung zu Männern definiert – betrifft alle Frauen\* in dieser Gesellschaft auf vielen Ebenen.

Der ‚Wert‘ von Frauen\* misst sich an eindimensionalen Rollenbildern und Schönheitsidealen – hiervon hängen Chancen und Erfolg in fast allen Lebensbereichen ab. Wir wollen aber, dass Frauen\* nicht mehr in der ständigen Angst leben müssen, aufgrund ihres Geschlechts und ihres Aussehens diskriminiert und abgewertet zu werden – egal ob am Arbeitsplatz, im Verein, auf der Straße oder zu Hause. Frauen\* sollen selbst über ihren Körper und ihre Sexualität bestimmen, von Verhütungsmethoden hin zu Schwangerschaftsabbruch stehen immer noch gesellschaftliche Vorgaben einer wirklichen

Selbstbestimmung im Weg. Dazu kommen Alltagssexismus, sexuelle Belästigung, sowie sexualisierte und häusliche Gewalt, von denen Frauen\* in hohem Maße betroffen sind.

Feminismus ist für uns mehr als das Streiten für Frauenrechte. Es geht darum, eine Perspektive zu entwickeln, die verschiedene Diskriminierungsformen und ihre Verschränkungen im Blick hat. Geschlechtliche Formen der Ungleichheit sind mit weiteren Formen der Ungleichheit, wie jenen im Zusammenhang von »Rasse«, Ethnizität und Religion verwandt und oft eng verwoben.

So sind migrantische Frauen\* von verschränkten Diskriminierungsformen betroffen: Rassistische Migrationspolitik in Deutschland, Alltagsrassismus sowie ein hochgerüstetes Grenz- und Abschiebungsregime machen ein sorgenfreies Leben unmöglich. In westeuropäischen Ländern erledigen oft Migrantinnen\* die anfallende Haushalts-, Pflege- und Sorgearbeit, sie müssen in prekären Verhältnissen arbeiten, sind vielfach illegalisiert und in besonderem Maße von Rassismus und Sexismus betroffen.

Für einen politischen und sichtbaren Frauen\*kampftag 2014! Wir wollen einen Beitrag für eine neue feministische Handlungsfähigkeit leisten, von unseren verschiedenen Erfahrungen lernen und an möglichen Punkten gemeinsam kämpfen – zusammen trotz aller Unterschiede und Differenzen und ohne diese Unterschiede zu verschweigen. Weil alle Frauen\* von Diskriminierung betroffen sind. Weil wir gegen das alles nur ankommen, wenn wir gemeinsam kämpfen. Wir wollen Solidarität unter Frauen\* bestärken und die Notwendigkeit aufzeigen, gegen diese Verhältnisse zusammen vorzugehen. Wir rufen zu einer bundesweiten, kämpferischen Demonstration am 8. März 2014 in Berlin auf. Frauen\* und alle, die sich solidarisch zeigen, sind eingeladen, die Demo so groß und bunt wie möglich zu gestalten und in einem der diversen Blöcke mit unterschiedlichen Anliegen ihren Protest auf die Straße zu tragen. Mit kreativen Aktionen rund um die Demonstration und inhaltlichen Veranstaltungen im Vorfeld wollen wir unsere Kritik vielfältig und wahrnehmbar in eine breite Öffentlichkeit tragen.

Feminismus ist weder überholt noch unnötig. Er ist als emanzipatorisches Projekt für alle unverzichtbar und aktuell. Deswegen:  
Heraus zum 8. März 2014!

**„Jetzt reden wir“**

» **12.3., 19 Uhr**, Tschechow-Theater, Märkische Allee 410, 12689 Berlin, **Brauer lädt ein**: Buchvorstellung: „**Jetzt reden wir: Die Kombinatdirektoren. Was aus der DDR-Wirtschaft zu lernen ist.**“ Moderation: Jutta Matuschek (MdB), Generaldirektor **Eckhard Netzmann** erzählt aus seinem reichen Erfahrungsschatz als Wirtschaftslenker bei SKET Magdeburg und im KAB Berlin. **Dieter Lemke**, stellvertretender Außenhandelsminister der DDR, erklärt, was man aus dem Untergang des RGW lernen kann. Gemeinschaftsveranst. mit dem Verlag Rohnstock Biographien Berlin in Zusammenarbeit mit dem Kulturring in Berlin e.V.

**IGA 2017**

» **12.3., 19 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, BO 88 lädt alle Interessierten ein zur Diskussion zum Thema „IGA 2017“, zu Gast: Dr. Heinrich Niemann

**Treffen im WK 1 mit Martina Michels**

» **25.3., 19 Uhr**, Wolfgang Brauer (MdB) lädt ein: Zu Gast im Wahlkreis 1 ist **Martina Michels** (Mitglied des Europäischen Parlaments), Nachbarschaftshaus Kiek in, Rosenbecker Str. 25, 12689 Berlin

**Diskussion zu Volksentscheiden**

» **26.3., 19 Uhr**, Linker Treff, „**Alle Macht dem Volke?**“ **Warum Argumente gegen Volksentscheide meistens falsch sind.** Buchvorstellung mit Dr. Paul Tiefenbach, Moderation: Olaf Michael Ostertag, Linker Treff, Eintritt: 2 €, Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahn-Hellersdorf

**WK 5: Linke Außen- und Friedenspolitik**

» **2.4., 19 Uhr**, Gasthaus St. Hubertus, Hultschiner Damm 1, 12623 Berlin) Treffen im Wahlkreis 5 (Mahlsdorf/Kaulsdorf) zu Gast: **Stefan Liebich** (MdB) und **Jan van Aken** (MdB), Thema: **Linke Außen- und Friedenspolitik**

**Treffen im Wahlkreis 4**

» **3.4., 18 Uhr**, Treffen aller im Wahlkreis 4 wohnenden Mitglieder (Biesdorf/Marzahn-Süd), mit **Regina Kittler** (MdB), Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin

**Ferienlageraktion Sommer 2014:**

Der LARES e.V. und F&F-Reisen führen auch 2014 wieder eine Ferienlageraktion durch. Anmeldungen und Informationen unter Telefon 030 93492205 oder [www.ff-reisen.de](http://www.ff-reisen.de)

**Hinten links:****EU battle groups ...**

...sind multinational zusammengestellte taktische Gefechtsverbände. Etwa 2.000 bis 3.000 Mann umfasst so eine EU-Kampfgruppe. Es gibt sie auf der Grundlage der europäischen Verträge (Nizza 2001). Seit 2004 trainieren sie ihr Zusammenwirken vorrangig in Szenarien der asymmetrischen Kriegführung und nach sieben Verhandlungsjahren (2007 Lissabon-Vertrag §§42-46; Protokoll (Nr.10) „Strukturierte Zusammenarbeit“) fasste man 2010 rund 60.000 Soldaten als Schnelle Eingreiftruppe der Europäischen Union zusammen. Tritt eine Sicherheitslage ein oder entsteht ein neues Krisengebiet, hat der Europäische Rat (Staatschefs) in drei bis fünf Tagen zu entscheiden – ggf. gehen dann die Vorauskräfte (QRU) in den Einsatz. Nach dem s. g. Parlamentsvorbehalt haben alle nationalen Parlamente der EU-Staaten binnen maximal drei Wochen endgültig zuzustimmen. Wegen des aufwändigen Prozedere kam es in den vergangenen zehn Jahren noch zu keiner Einigung – und demzufolge zu keinem Einsatz der EU battle groups.

**Frage**

Wie kann die Europäische Union auf diese Weise ihrer Verantwortung als Friedens-Nobel-Preisträgerin gerecht werden? **R. Rüdiger**

**Bezirksvorstand**

» **18.3., 1.4.** jeweils **19.30 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

**Basisgruppensprecher-Beratungen**

» **5.3., 18 Uhr** (BO Biesdorf/Marzahn-Süd), Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin (*siehe auch linke Spalte: Wahlkreis 4*)

» **6.3., 3.4.** jeweils **19.30 Uhr** (BO Marzahn) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **6.3., 3.4.** jeweils **19.30 Uhr** (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

**Sprechstunden**

» **10.3., 17 Uhr**, Dr. **Manuela Schmidt** (MdB), Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **11.3., 18-20 Uhr, 21.3., 11-13 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (MdB), Wahlkreisbüro, Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus)

» **14.3., 10.30 Uhr**, **Regina Kittler** (MdB), Bürgerbegegnungszentrum KIZ Marzahn, Murtzaner Ring 15, 12681 Berlin

» **17.3., 17 Uhr**, Dr. **Gabriele Hiller** (MdB), Kino „Kiste“, Heidenauer Str. 10, 12627 Berlin

» **26.3., 10 - 12 Uhr**, **Petra Pau** (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefon. Anmeldung 030 99289380

*Siehe auch: [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/)*

**Jugendgruppe - Linksjugend MH**

» **21.3., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin (*am 3. Freitag des Monats*), Treffen der Jugendgruppe - Linksjugend Marzahn-Hellersdorf

**AG Stadtentwicklung**

» **28.3., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **siehe Seite 3**

**Frauentreffen**

» **3.3., 31.3** jeweils **18 Uhr**, für interessierte Mitglieder und Sympathisantinnen der LINKEN, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

**Abgeordnetenbüro Wolfgang Brauer**

» Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin, Tel.: 030 97891950, Sprechzeiten: Dienstag 18-20 Uhr, Freitag 11 - 13 Uhr, Mitarbeiterin Sabine Behrens, mobil: 0177 7764338

**Abgeordnetenbüro Dr. Gabriele Hiller**

» **26.3., 16 Uhr**, Eröffnung des Abgeordnetenbüros von Dr. Gabriele Hiller (MdB), Teterower Ring 41 (direkt hinter dem Spree-Center), 12619 Berlin

**BVV-Fraktion**

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16 - 18 Uhr, Di 16 - 18 Uhr, Do 14 - 18 Uhr geöffnet, Telefon 030 54431890

**Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12**

(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

**Öffnungszeiten:**

**Montag:** 13-17 Uhr / **Donnerstag:** 10-18 Uhr

**Dienstag:** 10-17 Uhr / **Freitag:** 10-13 Uhr

(**mittwochs sowie am 21.3. und 24.3.2014 geschlossen**)

**Impressum Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami

**Anschrift der Redaktion:** Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin  
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

**Internet:** [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**E-Mail:** [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Bearbeitungsschluss:** 03.03.2014. Auslieferung ab: 05.03.2014. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 03.04. und am 07.05.2014.